

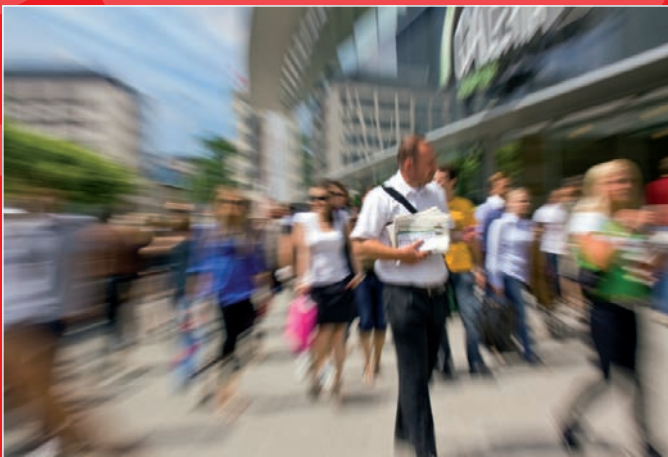
HESSENGERECHT.

Landtagsfraktion
Hessen

SPD

DIE STADT VON MORGEN HEUTE GESTALTEN!

Positionspapier der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag



www.spd-fraktion-hessen.de

SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

**Vorwort von Thorsten Schäfer-Gümbel,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag**



DIE STADT VON MORGEN HEUTE GESTALTEN!

Politik für unsere Städte und Ballungsgebiete ist eine Aufgabe, der sich die Landespolitik besonders widmen muss. Denn nirgends sonst sind die Auswirkungen politischen Handelns im Konkreten so deutlich sichtbar wie in unseren Großstädten, nirgends sonst wird eine drohende Spaltung der Gesellschaft so deutlich sichtbar wie hier.

In unseren Städten werden Zukunftstrends aus dem Aufeinandertreffen verschiedener Welten, aus kultureller Vielfalt und technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten geboren und in Entwicklung umgesetzt. Gleichzeitig sind sie die Orte, in der die beobachtbare Polarisierung der Gesellschaft offenbar wird. Die Spaltung der Stadt droht spätestens dann, wenn sich die sozioökonomische Segregation räumlich umzusetzen beginnt. In vielen Stadtteilen deutscher Großstädte ist in Ansätzen zu betrachten, wie sich „gesellschaftliche Parallelwelten“, die sich sozial und kulturell ausprägen, aussehen können.

Gerechte Stadtpolitik ist damit eine besondere Herausforderung, denn die Situation in Großstädten und Ballungsgebieten ist überaus komplex. Städte sind Orte des Gegensatzes und des Widerspruchs. Dies hat sich in der Geschichte des urbanen Lebens entwickelt und diese Unterschiedlichkeit muss Großstadtpolitik aushalten und lebbar machen. Vor allem aber muss sie eines verwirklichen: Eine Stadt für alle.

Dazu braucht es eine Politik, die auf der einen Seite die unstreitig vorhandenen Stärken von Großstädten aufnimmt und weiter entwickelt und gleichzeitig die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen in ihrer Stadt und ihrem Stadtteil so gestalten hilft, dass der Einzelne in der Stadt nicht verloren geht. Ziel muss das Leben in Würde und mit gerechten Chancen für jeden Einzelnen sein. Wir brauchen daher eine aktive Politik für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit. Stadtpolitik muss sich zuvorderst mit der fortschreitenden Polarisierung der Gesellschaft in Städten beschäftigen.

Stadtpolitik kann und muss einen Beitrag leisten, die großen Fragen der Zukunft zu lösen. An den Orten, an denen viele Menschen auf engem Raum miteinander leben und arbeiten, werden Fragen von Energieversorgung und Mobilität besonders wichtig und bieten besondere Chancen für die Wende.

Nicht zuletzt muss Stadtpolitik die wirtschaftliche Bedeutung von Städten in den Blick nehmen. Städte und Ballungsgebiete haben eine besondere Anziehungskraft, die sie aus ihrer wirtschaftlichen Attraktivität entwickeln. Städte sind Katalysatoren für Wirtschaft, Wertschöpfung und Arbeitsplätze, sie ziehen Arbeitskräfte und Menschen auf der Suche nach Arbeit an. Sie sind attraktiv für junge Menschen in beruflicher und akademischer Ausbildung. Wie die Städte auch weiterhin Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung sein können und wie die Rahmenbedingungen dafür gestaltet werden müssen, ist eine Herausforderung für die Stadtpolitik.

Mit unserem Positionspapier HESSENGERECHT: die Stadt von Morgen heute gestalten! wollen wir in den notwendigen Diskurs einsteigen. Wir laden alle politischen und gesellschaftlichen Akteure zum kritischen Dialog ein. Wir freuen uns auf den Austausch über die Frage wie die Stadt von Morgen heute gestaltet werden kann.

Mit herzlichen Grüßen


Thorsten Schäfer-Gümbel
SPD-Fraktionsvorsitzender

INHALT

Einleitung	4
Leitlinien einer gerechten Stadtpolitik	6
Geichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land	6
A. Eine Stadt für alle: Chancengleichheit, Selbstentfaltung, Selbstbestimmung	8
1. Die Stadt für alle ist eine Stadt von allen	9
2. Die Stadt für alle ist eine Stadt der Vielfalt	10
3. Bildung für alle in der Stadt für alle	10
4. Die Stadt für alle macht Kultur	12
5. Stadt-Wohnung: Lebensqualität und Wohnraum für alle	12
6. Die Stadt für alle ist die sichere Stadt	14
7. Willkommen in der Stadt für alle!	14
B. Stadt der Zukunft: die kraftvolle und mobile Stadt	14
1. Die Stadt der Zukunft ist heute schon gebaut!	15
2. Die Stadt der Zukunft ist ein Kraftwerk	15
3. Die kraftvolle Stadt der Zukunft ist die intelligente Stadt	16
4. Die Stadt der Zukunft wird mobil	17
5. Die Stadt der Zukunft ist die kompakte Stadt	18
6. Jede Stadt der Zukunft ist eine „global city“	18
C. Die ArbeitsStädte: Städte als Katalysatoren für Wirtschaft, Wertschöpfung und Arbeitsplätze	19
1. ArbeitsStädte brauchen Arbeitskräfte	19
2. ArbeitsStädte sind innovativ und nachhaltig	20
3. In den ArbeitsStädten der Zukunft denkt man kreativ	21
4. Unternehmen in den ArbeitsStädten der Zukunft clustern	21
5. Vernetzte Welt – vernetzte ArbeitsStädte	22
6. Standort ArbeitsStadt	22

EINLEITUNG

Politik für die Stadt – Lebensbedingungen für die Menschen in den Städten Hessen gestalten, Teilhabe und Chancengleichheit gewährleisten, Wirtschaft beleben, Arbeitsplätze sichern und Städte für die Zukunft in Energie- und Mobilitätsfragen zu positionieren: Dies sind die Aufgaben, denen sich eine sozialdemokratische Stadtpolitik stellen muss.

Stadtpolitik muss dabei die bekannten und beschriebenen Transformationsprozesse in Städten antizipieren, um angemessene und vorausschauende Entwicklungsstrategien erarbeiten zu können.

Auch der demografische Wandel wird in Städten sichtbar werden. Wir werden älter – dies gilt auch in Städten und vielleicht sogar hier aufgrund der guten Infrastrukturausstattung und der (hoffentlich) kurzen Wege noch viel mehr. Die Städte werden sich auf einen größeren Anteil älterer Bevölkerung einstellen müssen. Die Attraktivität des Städtischen wird für diese Bevölkerungsgruppe eher ansteigen. Dies kann und wird die Stadtgesellschaft verändern.

In einer Zeit, in der immer mehr Menschen ohne familiäre Anbindung in den Städten im Alter leben werden, muss sich Stadt darauf städtebaulich und infrastrukturell einstellen. Menschen – alte wie junge, denen die Nähe und die persönlichen und familiären Bindungen durch Verwandtschaft fehlen – werden Kontakte und Nähe durch Freundschaften im Lebensumfeld suchen.

Wir werden bunter – nach den Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2006 sind unter den 6,1 Mio. Einwohnern Hessens rund 691.000 Ausländer und (insgesamt) 1,4 Mio. Personen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht 23,4 % der Bevölkerung, so das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2009. Damit ist nach derselben Studie der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der hessischen Bevölkerung nach Baden-Württemberg der zweithöchste der bundesdeutschen Flächenstaaten. Da Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund vorwiegend in Ballungsgebieten leben, werden vor allem die Städte bunter. Mit dem Effekt, dass Integration vorwiegend ein städtisches Thema bleibt und zukünftig noch bedeutender wird.

Die multiethische und multikulturelle Dimension wird aus der Lebenswelt der Städte nicht mehr wegdenken sein. Richtig ist, dass die heutigen Großstädte historisch betrachtet ohne Migration nicht vorstellbar sind. Daher muss Vielfalt als immanenter Teil von Stadt gedacht werden. Diversität, welche überall im städtischen Alltag gegenwärtig ist, muss Eingang in das städtische Bewusstsein finden und für urbane Entwicklungsstrategien genutzt werden.

Neben den beschriebenen Trends des demografischen Wandels finden wir in den Städten eine hinsichtlich der Verwurzelung differenzierte Stadtgesellschaft. Die Stadt teilt sich in eine Gruppe an Bevölkerung, die lange in der Stadt lebt, sich mit ihr und ihrem Stadtteil verbunden fühlt und auf das Dableiben orientiert ist, und eine Gruppe, die beruflich motiviert die Stadt nach einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne wieder verlässt. Auch die Fluktuation in der Stadt durch Umzüge ist beträchtlich. Beide Gruppen sind Teil der Stadt, beide Gruppen interessieren sich für die Stadt, beide Gruppen müssen in einer Stadt, die ein Ganzes sein will, berücksichtigt werden.

Stadtpolitik muss daher Politik in unterschiedlichen Formen und Formaten für verschiedene Gruppen anbieten. Denn eines ist eindeutig: Beide Gruppen sind nicht unpolitisch, sie interessieren sich für ihre Stadt, auch wenn sie dort nur temporär leben. Aber möglicherweise für andere Themen und mit anderen Positionen.

In einer Stadt des Morgen wird die Frage nach dem Verhältnis Zeit zu Geld neu zu bewerten sein. Möglich wäre, dass ein wesentlich größerer Anteil Menschen in Städten zukünftig mit deutlich weniger Geld, aber mehr Zeit ausgestattet ist. Dies gilt insbesondere für den Teil der Stadtbevölkerung, der in den dritten Lebensabschnitt eintritt. Bei einer steigenden Lebenserwartung und einem aktiveren Einstieg in diesen Lebensabschnitt wird es zukünftig wesentlich mehr Menschen geben, die Zeit haben und deren Lebensrhythmus nicht vornehmlich durch Arbeit geprägt ist. (Wenngleich es auch einen Teil an Bevölkerung geben wird, die aus ökonomischen Gründen lange arbeiten gehen werden müssen.)

Die Phase des dritten Lebensalters kann daher für einen größeren Teil der Menschen in der Stadt viel stärker noch durch Engagement und Aktivität geprägt sein. Damit können sich auch neue, in Städten nicht un-

bedingt erwartete Betätigungsfelder wie der eigene Stadtgarten mit Obst und Gemüse eine Renaissance erfahren.

Zeit haben ist jedoch eine Dimension, die in der Stadtentwicklung bisher keine größere Rolle gespielt hat. Dies macht eine Neubesinnung in der Stadtentwicklung notwendig, denn es gilt:

„Die Stadt muss in Zukunft für ältere und weniger Menschen taugen, für Menschen mit viel mehr Zeit und weniger Geld. Das ist neu, denn solange wir uns erinnern können, war das Gegenteil gefordert: Wir haben für immer mehr und zeitarme Menschen ‚praktische‘ Behausungen bereitgestellt mit Erschließungen für schnelle Verkehrsmittel.“

(Thalgott 2006: Stadtumbau als innovativer Impuls in der Stadtentwicklung. In: Stiftung Lebendige Stadt (Hrsg.): Stadtumbau – Chancen nutzen für die Stadt von morgen, S. 98)

Neben diesen Transformationsprozessen müssen Städte sich noch in vielen weiteren Feldern positionieren. Das Aufgabenspektrum der Städte bleibt damit auch in Zukunft komplex, die Anspruchserwartungen an Stadtpolitik werden weiter steigen. Hier müssen Städte als Stadt agieren, aber auch in Zeiten der Globalisierung als Teil einer Region. Das Verhältnis zwischen Stadt und Umland, zwischen Stadt und Region sind Fragen, die es grundsätzlich zu beantworten gilt. Die Antworten werden für die Städte des polyzentrisch strukturierten Rhein-Main-Gebiets anders ausfallen als für Kassel im nördlichen Teil Hessens. Ob dies zu einer Neuorganisation auf regionaler Ebene führen muss und wie dies aussehen kann, sollen an dieser Stelle nicht diskutiert werden (auch ist es nicht möglich, jedes kommunalpolitisch relevante Thema in einem solchen Papier zu behandeln, sondern es bedarf einer Fokussierung). Sicher ist jedoch, dass ohne die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit von Städten in der Stadtpolitik Entwicklungschancen vertan werden. Von außen betrachtet, werden Städte und ihre wirtschaftlichen Unternehmen im regionalen Kontext wahrgenommen. Die Positionierung im weltweiten Wettbewerb erfolgt über die Region.

Das globale Agieren der großen Städte kann jedoch auch Ängste erzeugen. Investoren, die in großen Städten mit wirtschaftlicher Macht und immensen Finanzvolumina agieren, beeinflussen Stadtentwicklung in erheblichem Maße. Entscheidungen in anderen Teilen der Welt haben damit Auswirkungen in der Stadt und sind zum Teil nur begrenzt beeinflussbar. Entscheidungen in der Stadt wirken zurück auf andere Teile der Welt und sind nur begrenzt abzuschätzen. Wirtschafts- und strukturpolitische Entscheidungen bekommen damit in Städten eine ganz andere Dimension als auf dem Land.

Und genau vor diesem Sachverhalt entwickelt sich ein stärker werdendes Bedürfnis der Menschen, sich in der Welt zu Hause zu fühlen, sich in der Stadt Heimat zu suchen und sich geborgen zu fühlen. Persönliche Bindungen, Leben im Stadtteil, das Netz an sozialen und persönlichen Beziehungen nehmen einen emotional stärkeren Raum ein.

Der Anspruch der Menschen an die Kommunalpolitik und ihre Entscheidung lässt sich fassen mit: *„Vergesst uns, vergesst den Einzelnen nicht in der großen, weiten Welt. Wir leben hier. Wir erwarten, dass ihr für uns Sicherheit in einer immer unsicherer werdenden Welt schafft.“*

Und damit sind Städte das, was sich in der Geschichte des urbanen Lebens entwickelt hat: **Orte des Gegensatzes und des Widerspruchs.**

Urbanität bedeutet damit nach wie vor, vor allem Unterschiedlichkeit auszuhalten und Gegensätze lebbar zu machen. Stadt ist gelebte Differenz, denn Städte sind

- innovativ und geschichtsträchtig
- beständig und fluktuierend
- Vergangenheit und Gegenwart
- lokal und global agierend
- komplex und fokussiert
- Zuhause und Fremde

Stadt ist vor allem eine soziale Tatsache – so würde es die Soziologie beschreiben –, die sich räumlich geformt hat in Gebäuden, Plätzen und Straßen. Stadt ist ein Ort, an dem Fremde leben und – so würde die Sozialdemokratie hinzufügen – Räume finden müssen, in denen sie in einer globalen Welt zu Hause sind.

LEITLINIEN EINER GERECHTEN STADTPOLITIK

Damit dies gelingen kann, braucht es bei aller Differenzierung für die Situation vor Ort einen Orientierungsrahmen für kommunalpolitisches Handeln in Städten. Notwendig sind Leitlinien einer gerechten Stadtpolitik in Hessen, Leitlinien einer gerechten Stadtpolitik sozialdemokratischer Prägung.

Ausgangspunkt einer sozialdemokratischen Stadtpolitik ist nach wie vor das Bild der dichten europäischen Stadt als Raum-, Sozial- und Wertemodell. Die europäische Stadt ist seit ihren Anfängen ein Erfolgsmodell: als Kristallisationspunkt der ökonomischen Entwicklung in Europa, als ökologisch sinnvolle Siedlungsform und als funktionsfähige soziale und ethnische Integrationseinheit.

Eine Stadt, konzipiert und gebaut für eine hoch spezialisierte, funktionale Aufgabenteilung ist damit – und in Zukunft noch viel weniger – nicht mehr zielführend. Die Stadtentwicklung früherer Jahrzehnte war geprägt von einem Leitbild der von Le Corbusier erarbeiteten „Charta von Athen“ aus den 40er-Jahren des 20. Jahrhunderts. Diese zielte auf eine räumliche und soziale Separierung von Industrie und Gewerbe, Wohnen, Konsum und Freizeit. Die Folgen waren Zersiedelung, zunehmende Verkehrsströme und die Zurückdrängung von Naturräumen. Die funktionale Trennung von Arbeit, standardisiertem Wohnen und Konsum führten zu dem, was Alexander Mitscherlich bereits in den 60er-Jahren als „Unwirtlichkeit der Stadt“ beschrieben hat. Heute geht es wieder um eine neue Wirtlichkeit der Stadt.

In einer veränderten Welt gilt es also, dieses Erfolgsmodell fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Es geht um eine nachhaltige Stadtentwicklung, die die Balance findet zwischen ökonomischem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung, zwischen baulicher Expansion und Bewahrung des historischen Erbes, zwischen sprunghaftem Anstieg an räumlichen Flächen und neuen Formen des Zusammenlebens, zwischen gestiegenem Anspruch auf individuelle Mobilität und Grenzen des Verkehrs, zwischen den Generationen und zwischen den sich verstärkenden Unterschieden zwischen Arm und Reich, Gebildet und Ungebildet.

Erfolgreiche Stadtpolitik wird also vor allem davon abhängen, eine Balance in der Komplexität zu finden, die richtigen Zutaten der Stadtpolitik zu identifizieren und sie gekonnt umzusetzen. Dies gilt nicht nur für die hessischen bzw. deutschen Städte, sondern für alle Großstädte. Daher sind der europäische (Leipzig-Charta und Territoriale Agenda der EU) und der bundesweite Dialog im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik notwendig und zu intensivieren.

GLEICHWERTIGE LEBENSBEDINGUNGEN IN STADT UND LAND

Hessen ist seit seiner Gründung unter sozialdemokratischer Führung immer ein Bundesland gewesen, in dem der Ausgleich zwischen den Regionen eine besondere Rolle gespielt hat. Denn Politik für Hessen muss immer beides sein: Politik für die Stadt und Politik für das Land.

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes Hessen bleibt zentrales sozialdemokratisches Leitbild. Es ist unbestritten, dass mit gleichwertigen Lebensbedingungen nicht gleiche Lebensbedingungen gemeint sind. Die Lebensbedingungen in Städten und auf dem Land unterscheiden sich schon heute, dies wird auch in Zukunft so sein. Gleichwertige Lebensbedingungen bedeuten daher konkret, vor allem für alle Menschen gleiche Zugangschancen zu Bildung, Arbeit und Teilhabe und eine infrastrukturelle Grundausstattung zu gewährleisten. Die Lösungen werden dazu in Stadt und Land unterschiedlich sein, denn Stadt und Land sind unterschiedlich. Dies ist wahrzunehmen und in einer gerechten Politik umzusetzen. Gerade bei der Festsetzung von Standards beispielsweise in der Daseinsvorsorge ist es notwendig, deutlich stärker raumsensible Ausgestaltungen zu entwickeln, will man in Stadt und Land unter den gesetzten Rahmenbedingungen handlungsfähig bleiben.

Bei der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geht es also darum, Chancengleichheit und Solidarität zwischen den Räumen zu schaffen; Stadt und Land dabei nicht als Gegensatz zu verstehen, sondern in ihrer Ergänzung mit ihren unterschiedlichen Potenzialen und Funktionen zu entwickeln.

Deshalb ist aus Sicht der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen städtischen und ländlichen Räumen notwendig.

Aber eines ist ebenfalls eindeutig: Die kommunale Handlungsfähigkeit muss zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Bewältigung des Aufgabenspektrums insgesamt deutlich verbessert werden. Städte brauchen eine angemessene Ressourcenausstattung und finanzielle Planungssicherheit, das gilt insbesondere für die Planbarkeit von Einnahmen.

A. EINE STADT FÜR ALLE: CHANCENGLEICHHEIT, SELBSTENTFALTUNG, SELBSTBESTIMMUNG

Der Zusammenhalt der Bewohnerinnen und Bewohner ist der Kitt der Stadt. Hier entscheidet es sich letztendlich, ob eine Stadt als ein Ganzes wahrgenommen wird oder ob destruktive Fragmentierung droht. Dabei gilt, so vielfältig wie die Menschen, so vielfältig kann sich eine Stadt als Ganzes aber auch in ihren Stadtteilen gestalten und trotzdem eins sein. Ausgehaltene und gelebte Unterschiedlichkeit, Orte der Heimat, Orte der Vielfalt bedingen Urbanität. Vielfalt zusammenzubringen, Integration zu gewährleisten, das haben Städte „gelernt“.

Seit Jahrhunderten steht die Stadt für die Integration von Menschen, die aus anderen Ländern nach Hessen kommen und in Städten auf engem Raum zusammenwohnen und -leben. Die großen Städte sind es, die im Kern die Integrationsleistung in Hessen bewältigen müssen. Und dies gilt nicht nur für das Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen, von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sondern vielmehr auch für das Zusammenleben kultureller, sozialer und politischer Gruppen.

Integration der vielen Einzelnen und der vielen gesellschaftlichen Gruppen, Ausgleich über soziale Schichten und kulturelle sowie religiöse Orientierungen, Zusammenbringen unterschiedlicher Lebenswelten ist damit das große Kernthema sozialdemokratischer Stadtpolitik. Diese Integrationsstärke der Städte gilt es aus sozialdemokratischer Sicht neu zu entdecken und weiterzuentwickeln.

Doch die Integration ist eine zunehmend schwierige und deshalb bedeutsame Frage. Sie kann nur gelingen, wenn in der Ausgestaltung einer fortschrittlichen Integrationspolitik die gesellschaftliche und die individuelle Perspektive berücksichtigt werden. Jede und jeder muss sich in Gesellschaft integrieren, Gesellschaft muss für Integration aber auch offen sein und Voraussetzungen dafür schaffen.

Daher ist aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion wichtig: Angestrebt wird nicht die Gleichheit der Lebensentwürfe und der Lebenswege. Integration bedeutet nicht das unterschieds- und gesichtslose Aufgehen in der sozialen und kulturellen Umgebung. Integration bedeutet vielmehr: möglichst große Chancengleichheit, Selbstentfaltung und Selbstbestimmung. Denn dies macht ein Miteinander erst möglich; Eigensinn und Solidarität gehören zusammen. Und es gilt auch: Die Selbstentfaltung des Einzelnen findet die Grenze bei der Verletzung eines anderen. Neben allen Chancen birgt die kulturelle Vielfalt auch Konfliktpotenzial und erzeugt Spannungen. Ignoranz und räumliche Abschottung können den Zusammenhalt in der Stadt gefährden. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag will jedoch eine Stadt, in der sich jeder ohne Angst frei bewegen kann.

Darüber hinaus muss die soziale Gerechtigkeit, der Ausgleich zwischen den sozialen Schichten mehr denn je im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stehen. Denn Hauptproblem in den Städten ist die fortschreitende soziale Differenzierung, das Auseinanderentwickeln von Einkommen und sozialem Status, die Verarmung einzelner Bevölkerungsgruppen. Beginnt sich dieses in Räumen umzusetzen, droht die Spaltung der Stadt.

Doch dieses Hauptproblem kann in seinen Ursachen nur gesamtgesellschaftlich verändert werden, denn sie liegen andernorts: in einer verfehlten Bundes- (Sozial- und Arbeitsmarkt) und Landes-(Schul-)Politik. Stadtpolitik kann daher die Situation nur in Grenzen verbessern und wird versuchen, eine zunehmende Polarisierung in der Stadt zu vermeiden. Sie wird aber nur erfolgreich sein, wenn sie ihre verschiedenen kommunalen Politik- und Handlungsfelder als abgestimmten Maßnahmenplan begreift. Denn die Herausforderungen sind hochkomplex. Stadtpolitik hat den Vorteil, dass sie dicht an den Lebenswelten der Menschen ist. Sie kann daher unmittelbar und direkt auf diese Umwelt einwirken.

Aus diesem Grund ist es die große Stärke der Stadtpolitik, dass sie Politik mit Planung, dass sie Inhalt und Form, innen und außen verbinden kann.

Stadtpolitik muss mit den Bürgerinnen und Bürger eine Idee und Ziele von Stadtentwicklung entfalten und dann den Rahmen für alle vorgeben und gestalten. Stadtplanung muss dabei Verbindungen schaf-

fen und Segregation in der Stadt verhindern. Kein Stadtteil darf äußerlich und innerlich verwaizen. Die Städte brauchen eine Stadtplanung, die auf die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen eingeht, Rückzugsmöglichkeiten, aber auch Treffpunkte schafft. Die Städte brauchen eine Stadtplanung, die Räume schafft – offene und geschlossene –, in denen sich Menschen begegnen können, in denen Grenzen überwunden und in der Stadt sich als Gemeinschaft wahrnehmen kann. Und darüber hinaus brauchen sie Initiativen für Stadtteile, in denen sich Probleme bündeln.

1. DIE STADT FÜR ALLE IST DIE STADT VON ALLEN

Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile engagieren sich für ihren Stadtteil, Akteurinnen und Akteure aller Bereiche diskutieren gemeinsam mit Politik und Verwaltung über die Zukunft der Stadt, über Strategien und einzelne Maßnahmen. In der Stadt für alle engagieren sich die Menschen für ihre Stadt, egal auf welcher räumlichen Ebene. Mitbestimmung und Teilhabe gilt für jeden, auch den Schwächsten in der Stadtgesellschaft.

Beteiligung, aktive Teilhabe und Partizipation sind in der Stadtentwicklung notwendig und gelingen am einfachsten auf Ebene der Stadtteile. Hier sind die Wege kurz, hier kann man sich persönlich kennenlernen, hier kann Politik praktisch werden. Hier können Bevölkerungsgruppen, die seit Langem mit ihrem Stadtteil verbunden sind, und Menschen auf der „Durchreise“ in Projekten und Initiativen Kontakt finden.

Aber in den Stadtteilen werden die Probleme in der Stadt auch am deutlichsten sichtbar, in manchen Stadtteilen konzentrieren sich verschiedene Problemlagen. In Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Existenzsicherungsbedarf, mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen in armen oder prekären Lebenssituationen, mit einem hohen Anteil an kultureller Diversität (Migrationshintergrund) stauen sich die Probleme. Ziehen aus diesen Stadtteilen die Mittelschichtfamilien weg, droht die Spaltung der Stadt.

Mit dem Programm Soziale Stadt und seinem ausgewiesenen Sozialraumbezug wird genau hier angesetzt. Ziel dieses Programms ist es, über Beteiligung und Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie einem aktiven Stadtteilmanagement diesen Stadtteilen neue Perspektiven zu eröffnen. In einem Stadtteilmanagement geht es vor allem darum, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie mit den Akteuren des Stadtteils einen Entwicklungsprozess zu initiieren, der zu einer Verbesserung der Situation im Stadtteil führen soll. Dazu werden durch das Stadtteilmanagement die Akteure aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, lokalen Vereinen und Institutionen und die Bevölkerung an einen Tisch geholt, Strategien für den Stadtteil erarbeitet und durch Projekte und Maßnahmen unterlegt. Gerade in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ist eine wichtige Aufgabe des Stadtteilmanagements, alle Bewohnerinnen und Bewohner in die Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mit einzubeziehen und sie durch geeignete Prozesse zur Teilhabe zu befähigen. Stadtteilmanagement ist dabei immer Anregung zur Selbsthilfe der Menschen im Stadtteil.

Die Ideen und Erfahrungen des Programms Soziale Stadt sind aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion wegweisend für eine sozialdemokratische Stadtpolitik. Stadtentwicklung als Ganzes und Stadtteilentwicklung in der Breite müssen eng miteinander verzahnt sein. In Beteiligungsprozessen und aktiver Mitwirkung von Bewohnerinnen und Bewohnern können wichtige Impulse zur Stabilisierung und Entwicklung des Stadtteils gesetzt werden. Stadträumlicher Ausgleich – zur Entwicklung der gesamten Stadt notwendig – muss sich hierzu in Beziehung setzen.

Die hessische SPD-Fraktion setzt sich daher grundsätzlich dafür ein, das Programm Soziale Stadt von der Idee her zu übertragen und in möglichst vielen Stadtteilen Stadtteilmanagements zu etablieren. Denn die Stadt für alle ist integrativ zu entwickeln, Maßnahmen und Projekte sind aus Sicht des Stadtteils unter Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner zu gestalten und mit der Entwicklung der Gesamtstadt in Beziehung zu setzen.

Dazu müssen aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion Stadtteile in die Lage versetzt werden, Engagement zu leben und Verantwortung wahrzunehmen. Besonders vordringend in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf, wichtig aber ebenso in allen anderen Stadtteilen. In Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf streben wir eine längerfristige finanzielle Unterstützung an, hier legt die SPD nach wie vor den

Schwerpunkt. In Stadtteilen mit normalem Handlungsbedarf kann es bei engen finanziellen Handlungsspielräumen der Städte ausreichend sein, in größeren Zeitabständen Entwicklungs- und Beteiligungsprozesse zu initiieren.

Um das Engagement und die Verantwortung für den Stadtteil bei Bürgerinnen und Bürgern weiter zu unterstützen, spricht sich die hessische SPD-Fraktion für die Einführung von stadtteilbezogenen Bürgerparlamenten und Bürgerhaushalten zur Finanzierung kleinerer stadtteilbezogener Projekte aus. Auch ein Bürgerhaushalt auf Ebene der Gesamtstadt ist möglich, wenn entsprechende Organisationsformen etabliert sind (beispielsweise eine städtische Aktionsgruppe als Entscheidungsgremium).

2. DIE STADT FÜR ALLE IST DIE STADT DER VIELFALT

Die Stadt für alle zeigt sich in der gelebten Toleranz und der aktiven Integration. Sie ist geprägt von Offenheit und Willkommen, einem Bekenntnis zur Internationalität und dem kreativen Umgang mit Vielfalt und Differenz. In der Stadt für alle können sich die vielen zu Hause fühlen, haben Platz und Raum für ihre Identität und alle Chancen der Entwicklung. Die Stadt für alle sagt „Hallo!“ und findet Wege, Probleme, die sich aus der Differenz ergeben, zu bewältigen. Die Stadt für alle ist die Stadt des Willkommens.

Aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion muss sich Politik grundsätzlich für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen öffnen. Die hierzu eingerichtete Enquete-Kommission zum Thema „Migration und Integration in Hessen“ ist sicherlich der erste richtige Schritt. Aber eine Enquete-Kommission allein reicht nicht aus. Vielmehr brauchen wir einen Politikansatz, der den bisher eher defizitorientierten durch einen wertschätzenden, auf Augenhöhe gestaltenden Dialog mit Migrantinnen und Migranten ersetzt. Stadtpolitik muss dazu ihre Beteiligungsformen überdenken und durch neue Zugänge und belastbare neue Netze wie beispielsweise zu Migrant*innencommunitys erweitern. Um eine umfassende politische Beteiligung an der Entwicklung der Stadt zu gewährleisten, spricht sich die hessische SPD-Fraktion für das Kommunalwahlrecht für Migrantinnen und Migranten und bis dahin für die Einrichtung von Ausländerbeiräten aus.

Migrantinnen und Migranten sind Akteure in der Stadtentwicklung, so wie viele andere in der Stadtgesellschaft auch. Die Entwicklung der einzelnen Stadtteile und der gesamten Stadt, die Wohnungspolitik und die sozialen und kulturellen Angebote müssen gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten sowie den anderen Akteuren vor Ort so gestaltet werden, dass wertschätzendes Miteinander möglich ist und dass das gemeinsame Leben durch Vielfalt bereichert wird.

3. BILDUNG FÜR ALLE IN DER STADT FÜR ALLE

In der Stadt für alle haben Kinder und Jugendliche alle Bildungschancen, und der Bildungserfolg ist unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern. In der Stadt für alle gilt Bildung für alle – für die ganz Kleinen bis zu den Älteren und damit von der frühkindlichen Pädagogik bis zur Erwachsenenbildung für Senioren. Wissen ist in der Stadt für alle das zentrale Gut, für das Lernen in all seinen Formen sind möglichst optimale Bedingungen zu schaffen. Schule und Kindergarten sind mehr als Bildungseinrichtungen, in der Stadt für alle treffen sich dort alle.

Aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion muss sich Politik grundsätzlich für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen öffnen. Die hierzu eingerichtete Enquete-Kommission zum Thema „Migration und Integration in Hessen“ ist sicherlich der erste richtige Schritt. Aber eine Enquete-Kommission allein reicht nicht aus. Vielmehr brauchen wir einen Politikansatz, der den bisher eher defizitorientierten durch einen wertschätzenden, auf Augenhöhe gestaltenden Dialog mit Migrantinnen und Migranten ersetzt. Stadtpolitik muss dazu ihre Beteiligungsformen überdenken und durch neue Zugänge und belastbare neue Netze wie gesellschaftliche Teilhabe, persönliche Entwicklung und beruflicher Erfolg – das alles soll heute in den Schulen geleistet werden. Bildung ist damit zur zentralen Frage in der Gesellschaft geworden.

Für die Schulen, die dies gewährleisten sollen, ist die Situation in den Städten jedoch nicht einfacher geworden, insbesondere in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen. Dies zeigen die Erfahrungen in den Städten: Die Ausgangslage von Schulen ist in den Stadtteilen sehr unterschiedlich. Armut und prekäre Lebenslagen von Schülerinnen und Schülern konzentrieren sich in bestimmten Schulen, die Schulen von heute sind oftmals wesentlich stärker segregiert als die betreffenden Stadtteile. Denn Eltern, welche die Möglichkeit dazu haben, meiden Schulen, von denen sie ungünstige Rahmenbedingungen für die Schulkarriere ihrer Kinder erwarten, und melden ihre Kinder in anderen Schulen an. Eine Diskussion um den Anteil von Migrant*innen an Schulen ist jedoch eine Diskussion, die anerkennt, dass Armut und prekäre Lebensverhältnisse für einen schlechten Bildungserfolg maßgeblich sind (und dies deckt sich leider oftmals mit dem Migrationshintergrund). Ein hoher Migrant*innenanteil an einer Grundschule kann trotzdem zu guten Übergangsquoten in weiterführende Schulen führen, wenn sich Schule mit ihrem Schulprofil auf ihre Schüler einstellt und Qualifikation und Ressourcenausstattung stimmen.

Wir brauchen in der Stadt eine angepasste soziale Infrastruktur und ein entsprechendes Bildungssystem, denn in Schulen und Kindertagesstätten bildet sich das soziale Kapital der Stadtgesellschaft.

Alle Kinder brauchen einen guten Start in ihre Bildungslaufbahn, und dieser ist abhängig von der Sprachfähigkeit der Kinder. Daher ist die Förderung des Spracherwerbs bereits in den Kindertagesstätten sinnvoll. Darüber hinaus ist in Kindertagesstätten und Schulen die Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen gezielt zu fördern und interkulturelle Erziehungskonzepte rasch zu verwirklichen. Ebenso braucht es in den Städten eine Ausweitung des muttersprachlichen Unterrichts sowie die kontinuierliche Förderung von antirassistischer und gegen Antisemitismus gerichtete Arbeit in Schulen. Um die Kinder darüber hinaus auf eine globalisierte Welt vorzubereiten, ist es notwendig, in den Lehrplänen das Lernen über Kulturen, das „interkulturelle Lernen“ und das „globale Lernen“ als Lehrinhalt zu verankern.

Angemessen ausgestattete Schulen im Stadtteil, gut eingebunden in ihr Umfeld, nehmen eine Schlüssel-funktion für die Qualifikation der Jugend ein. Sie sind elementar für die gesellschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen, von Migrant*innen und Migrant*innen und sozial benachteiligten Gruppen.

Das Haus der Bildung ist nach Ansicht der hessischen SPD-Fraktion nach wie vor der richtige Ausgangspunkt für die Entwicklung der Schule. Schule vom einzelnen Kind her denken, in integrierten Systemen voneinander lernen, und dies möglichst lange, binnendifferenziert die Talente eines jeden einzelnen Kindes fördern, dies ist die Schule der Zukunft in der Stadt.

Aber die Schulen brauchen dazu eine entsprechende Ressourcenausstattung, Kürzungen im Bildungsbereich sind kontraproduktiv. Gerade Schulen in schwierigen Stadtteilen benötigen ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen, um sich auf die besonderen Aufgaben, die sich durch ihre Schülerinnen und Schüler ergeben, einstellen zu können.

Die hessische SPD-Fraktion lehnt deshalb Kürzungen im Bildungsbereich ab. Die Schulbudgets müssen sich zumindest zum Teil aus der Situation der Schulen mit ihren Schülerinnen und Schülern ableiten.

Bildungseinrichtungen in Stadtteilen können aber noch viel mehr sein. Ziel ist es, sie zu einem Kristallisationspunkt und einem ersten Anlaufpunkt für öffentliches und bürgerschaftliches Engagement zu machen. In Ganztagschulen entwickeln sich die Schulen vom Bildungsort zum Lebensraum junger Menschen. Hier finden sie Angebote von Vereinen (Sport, Kultur), von Sozial- und Jugendarbeit sowie von der lokalen Wirtschaft (Partnerschaften zwischen Unternehmen und Schule). Aber nicht nur die Schülerinnen und Schüler werden in diesen Schulen gesehen, vielmehr werden die Familien als Ganzes in den Blick genommen. Hier finden sich Ansprechpartner und Beratungsangebote für Eltern, hier öffnen sich die Schulen für die Belange des Stadtteils. Schulen sollen zu Stadtteilintegrationszentren werden. Sie arbeiten mit Kindergärten, Vereinen und anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zusammen. Sie werden Aktionsraum für den Stadtteil.

Aber auch für die Anforderungen an ein lebenslanges Lernen haben die Städte besonderes Potenzial. In den Städten finden sich mit Universitäten und Fachhochschulen Zentren des Wissens, die für qualifizierende Fort- und Weiterbildung genutzt werden können. Auch die Arbeit an Volkshochschulen und Erwachsenenbildungsstätten ist hier zu nennen. Gerade in einer Wissensgesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen wichtig für die berufliche Qualifikation (siehe dazu auch Arbeitsstädte brauchen Arbeitskräfte).

4. DIE STADT FÜR ALLE MACHT KULTUR

In der Stadt für alle wird Kultur gelebt. Den Menschen steht ein vielfältiges kulturelles Angebot von Theatern, Museen, Kunstausstellungen über viele kleine soziokulturelle Projekte zur Verfügung. Denn in der Stadt für alle gilt: Kultur ist ein Bürgerrecht.

Kulturpolitik ist ein wichtiger Teil einer städtischen Politik. Kultur ist ein wichtiger Integrationsfaktor, ein wichtiger Faktor zur Herstellung gesellschaftlicher Bindungskraft, ein wichtiger Teil in der Ausbildung lokaler und regionaler Identität. Nicht zuletzt spielt Kultur auch eine wichtige wirtschaftliche Rolle, die Kulturwirtschaft ist in vielen Städten Impulsgeber für Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Kultur in Städten bedeutet kulturelle Vielfalt zu ermöglichen.

Es ist das Ziel der hessischen SPD-Fraktion, dass die vielfältigen in den Städten lebenden Kulturen voneinander lernen, sich wechselseitig bereichern und mit gegenseitigem Respekt begegnen. Kulturelle Beiträge für das Zusammenleben in unseren urbanen Quartieren sind willkommen. Jugendkultur, Soziokultur und Hochkultur müssen ihren Platz und auskömmliche Rahmenbedingungen haben. Kultur ist und bleibt damit eine öffentliche Aufgabe, die gemeinschaftlich zwischen Kommune und Land zu entwickeln und zu finanzieren ist. Denn auch in Zeiten knapper Kassen ist Kulturförderung keine freiwillige Leistung, sondern unverzichtbarer Bestandteil einer Gesellschaftspolitik, die den mündigen Bürger bildet und anregt, kritisch und kreativ sein Umfeld zu gestalten.

Die hessische SPD-Fraktion ist daher der Auffassung, dass es Aufgabe einer eigenen Landeskulturpolitik ist, ein vielfältiges Spektrum kultureller Angebote auf anspruchsvollem Niveau zu erhalten und progressive Entwicklungen zu fördern. Die Theater und Museen des Landes, die Kulturdenkmäler und soziokulturellen Zentren sind zu unterstützen, zu sichern und auf eine verlässliche finanzielle Basis zu stellen. Zur Unterstützung der Arbeit der soziokulturellen Zentren Hessens fordert die hessische SPD-Fraktion einen Fonds „Soziokultur“.

Aber auch das kulturelle Angebot für Kinder und Jugendliche ist zu entwickeln. Die hessische SPD-Fraktion will modellhaft kulturelle Kinder- und Jugendarbeit regionaler Netzwerke unter Beteiligung von Schulen, Vereinen und Kulturinstitutionen fördern, gerade in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen. Darüber hinaus sind kulturvermittelnde Angebote zu entwickeln und gezielt zu fördern. Dies gilt für die Lese-, Musik-, Theater-, Medien- und Museumspädagogik.

5. STADT-WOHNUNG: LEBENSQUALITÄT UND WOHNRAUM FÜR ALLE

In der Stadt für alle leben die Menschen gerne in Wohnungen und in ihren Stadtvierteln. Sie haben Verbindung zu ihrem Umfeld und ihrer Stadt. In der Stadt für alle gibt es Stadt-Wohnungen für viele verschiedene Lebensentwürfe, für die Mehrgenerationen-WG, für die Großfamilie sowie für alleinstehende, ältere Menschen. In der Stadt für alle wird Wohnen neu erfunden und alternative Wohnformen gerade für älter werdenden Menschen erprobt. Und in der Stadt für alle ist Wohnen kein Privileg. Bezahlbarer Wohnraum gibt es auch für die Schwächeren in der Gesellschaft. Wohnen, Leben, Arbeiten, Einkaufen – in der Stadt für alle setzt sich Lebensqualität aus einer gelungenen Mischung zusammen. Die Stadt für alle ist wirtlich, sie hat Flair.

Eine gelungene Stadtentwicklung führt dazu, dass die Stadt wieder „wirtlich“ wird, sie sowohl in ihrem Kernbereich in der Innenstadt wie auch in den einzelnen Stadtteilen ihren Charme ausspielen kann. Gerade den Innenstädten und den Zentren in einzelnen Stadtteilen muss dabei eine besondere Aufmerksamkeit zukommen, will man der oftmals beklagten Verödung der Kernbereiche entgegenwirken. Urbanes Flair ist eine Frage des Ambientes der Innenstädte, die mit einer breit aufgestellten Einzelhandels- und Dienstleistungsstruktur, einer attraktiven Gestaltung des Stadtbereichs als Handelsort, vielfältigen kulturellen Angeboten, einer guten Wohnqualität und attraktiven Arbeitsplätzen verbunden ist. Initiativen wie beispielsweise solche zur Belebung innerstädtischer Geschäftsquartiere stärken daher nicht nur das Quartier, sondern wirken auf die gesamte Stadt zurück. Denn gerade die dichte, funktionsgemischte Stadt, die ihre urbanen Qualitäten ausspielt, ist das Ziel.

Wichtiger Bestandteil einer gerechten Stadtpolitik ist auch zukünftig die Wohnungspolitik. Ziel ist es, eine eigene „Qualität des Wohnens“ zu entwickeln und zu etablieren, bei der es keine Stadtteile mit „schlechten Adressen“ mehr gibt. Vielmehr muss in der Stadt für alle auch Wohnen für alle in sozial gemischten Stadtteilen möglich sein.

Nach Auffassung der hessischen SPD-Fraktion im Landtag ist dabei ein Bündel an Maßnahmen notwendig. Die aktive öffentliche Wohnungspolitik muss dabei wieder eine wichtigere Rolle einnehmen. Gerade bei einer älter werdenden Bevölkerung und einer Entwicklung hin zu kleineren und damit zu mehr Haushalten verändern sich die Rahmenbedingungen der Wohnraumversorgung. Zu erwarten ist aufgrund der sozialen Differenzierung und der Zunahme von Armut und prekären Lebenssituationen, dass es einen Anstieg an Personen gibt, die in Städten auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen bleibt damit eine wichtige Aufgabe der Wohnungspolitik. Um eine soziale Mischung in den Stadtvierteln zu gewährleisten, braucht es zum Teil aber auch Initiativen im mittleren Wohnungsmarkt für Menschen mit mittleren Einkommen. Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen sowie neue Wohnformen sind darüber hinaus wichtige Aufgabenbereiche.

Zu den Kernelementen einer sozialdemokratischen Wohnungspolitik gehören daher der soziale Wohnungsbau, der Mieterschutz, die Sicherung sozialer Ausgewogenheit in den Stadtteilen und neue Akzente in zukunftsweisenden Wohnformen.

Aufgabe sozialdemokratischer Wohnungspolitik ist es, eine Unterversorgung mit bezahlbaren Wohnungen zu vermeiden. Die kommunalen Wohnungsbauunternehmen sind Partner und Akteure der Stadtentwicklung und stellen mit ihren Angeboten und Leistungen eine zentrale Rolle für die Stabilisierung von Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen dar. Die hessische SPD-Fraktion vertritt daher die Auffassung, dass kommunale Wohnungsunternehmen nicht privatisiert werden dürfen, ebenso nicht die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt. Wohnungspolitik mit einer geplanten Wohnraumverteilung in der Stadt ist ein Instrument, mit dem die soziale Integration in der Stadt gefördert werden kann.

Aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion ist darüber hinaus eine massive Ausweitung eines altersgerechten und barrierefreien Wohnungsangebotes in den Städten notwendig, will man älteren Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in ihren Wohnungen zu wohnen. Auch ist in jedem Stadtteil ein angemessener Anteil altersgerechter Wohnungen vorzusehen, da so Menschen im Falle eines notwendigen Umzugs zumindest in ihrem Stadtteil bleiben können. Es sind daher Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die notwendigen Investitionen zur bedarfsgerechten Modernisierung von Wohnungen und zum Abbau von Barrieren im Wohnumfeld getätigt werden.

Hessen braucht aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion ein Wohnungsbaugesetz in dem Wohnen und die damit verbundenen Fragen (Wohnungsneu- und -umbau, Mieterschutz, energetische Situation, alternative Wohnmodelle, Finanzierung etc.) umfassend geregelt sind. Die Verabschiedung eines landeseigenen Wohnraumförderungsgesetzes ist darüber hinaus zu prüfen.

Aber nicht nur die private Sphäre, die Stadt-Wohnung ist zu bedenken, auch die Gestaltung der öffentlichen Plätze ist wichtig. Die Frage, wer den öffentlichen Raum mit Symbolen prägen darf und ob Minderheiten hier ebenfalls ein Recht zugestanden wird, ist in Städten mit kultureller Vielfalt zu lösen.

Aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion geben öffentliche Räume gesellschaftlichen Prozessen einen Ort und qualitativen Ausdruck, sind sie Plätze der Selbstverständigung, des Austausches und der urbanen Selbstvergewisserung in einer engagierten städtischen Öffentlichkeit. Attraktive Straßen und Plätze sind Angebote für Kommunikation und soziale Begegnungen. Sie stabilisieren die Innenbereiche der Städte und verbinden diese mit symbolischen Werten. Daher halten wir es für richtig, dass es in Städten auch andere Gotteshäuser geben darf.

6. DIE STADT FÜR ALLE IST DIE SICHERE STADT

In der Stadt für alle kann sich jede und jeder ohne Angst frei bewegen. Die Menschen in der Stadt für alle fühlen sich sicher, dazu akzeptieren alle die Regeln, die ein Zusammenleben ermöglichen.

Neben allen Chancen ist mit Vielfalt auch Konfliktpotenzial verbunden, dies erzeugt in den Stadtteilen und in der Stadt Spannungen. Diese Konflikte zu benennen und Wege zu suchen, sie frühzeitig zu lösen, muss Aufgabe einer sozialdemokratischen Stadtpolitik sein.

Die Städte Hessens brauchen aus sozialdemokratischer Sicht eine aktive Präventionsarbeit, sie brauchen eine aktive Zusammenarbeit, z. B. zwischen Polizei, Jugend- und Sozialamt, Schulen und der offenen Jugendarbeit sowie der Staatsanwaltschaft. Gewaltprävention an Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ist ein Muss, runde Tische, Präventionsräte und ähnliche Initiativen in Stadtteilen ebenso. Jedoch gilt auch, wenn präventive und dialogorientierte Maßnahmen versagen, müssen ordnungsrechtliche Maßnahmen greifen. Denn aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion ist es nicht akzeptabel, wenn Einzelne die Rechte anderer verletzen. Wo Toleranz gefährdet ist, ist der Einsatz polizeilicher Mittel notwendig. Die Regeln des Zusammenlebens müssen von allen akzeptiert werden, denn Teilhabe und Akzeptanz sind untrennbar.

7. WILLKOMMEN IN DER STADT FÜR ALLE!

In der Stadt für alle sind die neuen Städterinnen und Städter willkommen und werden begrüßt. Man freut sich, dass sie da sind, und hilft ihnen bei ihrem Start in der neuen Stadt. Unabhängig davon, wie lange sie bleiben.

Willkommensagenturen werden in den Städten als zentrale Anlaufstellen für neue Städterinnen und Städter eingerichtet. Sie helfen beim Eingewöhnen in der neuen Stadt und unterstützen bei der Klärung von Aufenthaltsmodalitäten, Wohnungssuche, Zugang zu Hochschulen, Meldeangelegenheiten sowie Sprach- und Integrationsangeboten.

B. STADT DER ZUKUNFT: DIE KRAFTVOLLE UND MOBILE STADT

Zentraler Bestandteil einer modernen Stadtpolitik sind die Energie- und die Verkehrspolitik. Nur Städte, die sich auf die Anforderungen von morgen (begrenzte fossile Energieträger, steigende Mobilitätsanforderungen in globalisierten Wirtschaftsbeziehungen, Glokalisierung etc.) schon heute einstellen, werden eine Zukunft haben.

Sicher ist: Die Prosperität und die Entwicklungsfähigkeit von Städten hängen davon ab, wie effizient, sicher und ressourcensparend die Energieversorgung gewährleistet wird. Städte haben einen immensen Energiebedarf, aber sie haben auch immense Energieeinsparpotenziale. In Räumen, in denen Menschen in kompakten Siedlungsstrukturen zusammenleben und -arbeiten, bestehen große Chancen, Energie einzusparen und effiziente Technologien einzusetzen. Auch finden sich in urbanen Räumen Potenziale für zukunftsweisende öffentliche und private Verkehrssysteme. Urbane Mobilität kann und muss zukünftig viel stärker als bisher eine Mobilität ohne Auto sein. Dies wird nicht zuletzt auch eine Frage der Energie, vor allem eine Frage des Klimaschutzes und des Übergangs zu einer „Low Carbon Society“ sein.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hält daher nach wie vor die Energiewende für wegweisend und untermauert dies mit einem eigenen Gesetzentwurf für den Vorrang von erneuerbaren Energien. Dies steht in konsequenter Linie zum beschlossenen Atomausstieg sowie dem Bekenntnis zu einer ambitionierten Klimaschutzpolitik und erfordert auch eine Umsteuerung in der städtischen Energiepolitik.

1. DIE STADT DER ZUKUNFT IST HEUTE SCHON GEBAUT!

In der Stadt der Zukunft ist der Energieverbrauch drastisch reduziert und eine weitreichende Versorgung mit erneuerbaren Energien möglich. Die Stadt der Zukunft ist heute schon gebaut. Konzepte (energetische Sanierung, Verhaltensänderungen, energieoptimiertes Bauen im Bestand) sind für die Stadt von heute zu entwerfen, damit für die Stadt von morgen gilt: Wir sparen Energie, wir produzieren Energie und wir schützen das Klima!

Der überwiegende Teil der 2,8 Mio. Wohneinheiten in Hessen muss saniert werden. Aber auch gewerblich genutzte Gebäude und Industriegebäude sind nicht überall auf Energieeinsparung und effizienten Energieeinsatz ausgerichtet. Gleiches gilt für Bürogebäude und in Städten vor allem auch für ältere Hochhäuser, die allerdings – so zeigen einzelne Beispiele wie die Greentowers-Modernisierung der Deutschen Bank in Frankfurt/Main – zu „grünen Hochhäusern“ saniert werden können.

Stadtpolitik muss sich also im Bereich der städtischen Energiepolitik mit einem sehr unterschiedlichen Gebäudebestand auseinandersetzen. Fragen der energetischen Sanierung eines Baus aus den 50er-/60er-Jahren (hier kann im Einzelfall aus energetischer Sicht Abriss billiger sein) unterscheiden sich massiv von der eines Hauses der Jahrhundertwende mit denkmalgeschützter Fassade (Wärmedämmung nur von innen mit Verlust von Wohnraum) und der von Hochhäusern. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag vertritt daher die Auffassung, dass die Energiewende durch Modellprojekte zur energetischen Sanierung in verschiedenen urbanen Gebäudetypen unterstützt werden kann. Dabei ist auch zu prüfen, wie die Finanzierung der energetischen Sanierung großer Einzelgebäude und Hochhäuser unterstützt werden kann.

Die Sanierung der Wohngebäude in Städten ist aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion nicht nur zum Vordringen der Energiewende an sich notwendig, sondern vor allem, um Wohnen langfristig bezahlbar zu halten. Da viele Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen in energetisch stark sanierungsbedürftigen Häusern leben, müssen die Modernisierungsfolgen sozial abgesichert werden (Anpassung von ALG II und Wohngeld und Hilfen für Haushalte, die unwesentlich oberhalb der betreffenden Einkommensgrenzen liegen).

Um eine valide Entscheidungsgrundlage im Energiesektor zu haben, spricht sich die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag für die Einführung eines kommunalen Energiehaushaltes aus. In einem solchen Energiehaushalt werden alle Ausgaben für Energie gesondert festgehalten.

Darüber hinaus sieht die hessische SPD-Fraktion nach wie vor die öffentliche Hand als Impulsgeber in der Energiewende. Sie schlägt deshalb ein Energie-Audit für alle kommunalen Gebäude und die Einführung einer Energiebuchhaltung vor. Hier ist über den energetischen Zustand des Gebäudes (Wärmeisolierung, Heizanlagen, Alter und Zustand der Energieverbrauchsgeräte, Stellung des Gebäudes zur Sonne und zu den Windverhältnissen etc.) Auskunft zu geben. Eine laufende Verbrauchskontrolle und eine jährliche Verbrauchsbilanz sind ebenfalls vorzuhalten. Damit erhalten die Städte einen Überblick über die Energieeinsparungsmöglichkeiten und die Nutzungsmöglichkeiten von Solarenergie. Eine energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und des Wohnungsbestands in öffentlicher Hand ist anzustreben.

2. DIE STADT DER ZUKUNFT IST EIN KRAFTWERK!

In der Stadt der Zukunft ist der Umbau der Energieversorgung zu dezentralen Lösungen mit kleinen, über die Stadt verteilten Energieerzeugungseinheiten vollzogen. Denn Häuser erzeugen einen Teil der Energie, die sie benötigen, selbst. Die Stadt wird selbst zum Kraftwerk. Auch wenn es unrealistisch erscheint, dass die Stadt der Zukunft ihren Energiebedarf vollständig decken kann, ist es doch das Ziel, bis 2050 bei Ausschöpfung vorhandener Energieeinsparpotenziale 50 % der benötigten Energie aus erneuerbaren Energien und dies vor allem in der Stadt selbst oder in der Region zu erzeugen. Denn die Stadt von morgen braucht nicht ein Kraftwerk, sie ist ein Kraftwerk!

Die Energieversorgung von Städten ist bisher vor allem durch den Einsatz von fossilen Brennstoffen geprägt. Um die Energiewende zu erreichen und Klimaschutz zu betreiben, ist ein – den Rahmenbedingun-

gen von Großstädten – angepasster Energiemix zu etablieren. Dabei brauchen Großstädte Konzepte, die alle zur Verfügung stehenden Energiequellen berücksichtigen und sinnvoll miteinander kombinieren.

Über die Möglichkeiten der Integration von Solarenergienutzung im Bestand (Nutzung geeigneter Dachflächen, Fassaden, Fenster) und in Neubauten („solares Bauen“, Neubauten als Null-Emissionshäuser) sind Potenziale der Windkraft (Miniwindräder auf Gebäuden), ggf. der Geothermie und der Energiegewinnung in der Wasser- und Abfallwirtschaft zu erschließen. Auch Laufwasserkraftwerke in den Flüssen können sinnvoll sein. Gerade in der Wärmeengewinnung aus Abwässern liegen in den Städten ungenutzte energetische Potenziale, die sich durch den Einsatz von Wärmepumpen nutzen ließen. Auch die Nutzung der Wasserläufe in den Kanalisationssystemen zur Stromerzeugung, die energetische Nutzung von Klärgasen und Klärschlamm zur Strom- und Wärmeerzeugung ist zu berücksichtigen. Um entstehende Wärme bei der Stromerzeugung zu nutzen, hat sich die Kraft-Wärme-Kopplung bewährt. In der Weiterentwicklung können Mikro-KWK-Anlagen dezentral in Kellern großer Gebäude oder in Einheiten für größere Häuserblocks installiert werden. Werden sie bspw. mit Biogas beschickt, sind sie besonders umweltfreundlich. Auch die Stadt von morgen wird von der Energieproduktion außerhalb abhängig sein, daher ist es hier ebenso sinnvoll, dies im regionalen Bezug zu sehen. Neben der Energiegewinnung aus Abfallstoffen und der Biomasse aus organischen Abfällen kann beispielsweise im Umland und in ländlichen Regionen Biomasse aus Energiepflanzen, erneuerbare Energie aus Sonne und Wind produziert werden. Dies kann für landwirtschaftliche Betriebe im Besonderen, für ländliche Räume im Allgemeinen eine sinnvolle Entwicklungsstrategie sein. Für Städte ist dies eine sinnvolle Ergänzung in der kommunalen Energieversorgung.

Hinzu kommt: Erzeugt die Stadt ihren Strom weitestgehend selbst, kommen ihr aus den Anlagen der erneuerbaren Energie auch in nennenswertem Umfang Gewerbesteuererinnahmen zu.

Um den beschriebenen Umbau der Energieversorgung in Städten zu unterstützen, ist aus Sicht der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag in der Energiepolitik grundsätzlich umzusteuern. Neben den bekannten Vorstellungen der Sozialdemokratie zur Energiewende sind – bezogen auf die Stadtpolitik – die Erfordernisse im Planungsrecht besonders hervor zuheben. Hier sind die maßgebenden räumlichen Planungen konsequent auf den Vorrang der erneuerbaren Energien und des energieoptimierten Wohnens auszurichten.

Deshalb kommt den kommunalen Stadtwerken als strategische Partner für eine Energiewende hin zu einer dezentraleren Erzeugung erneuerbarer Energien eine Schlüsselrolle zu. In Stadtwerken werden Entscheidungen – auch durch die Einbindung von kommunalpolitischem Sachverstand in den Gremien des Unternehmens – mit Blick für die Region getroffen. Dies hilft beim Aufbau regional differenzierter Energieversorgungsstrukturen. Ebenso können erneuerbare Energien im Energieversorgungsmix leichter etabliert und regionale Modellprojekte initiiert werden. Stadtwerke sind stärker in ihrer Stadt verwurzelt und werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht. Dies unterscheidet sie von externen Energieversorgern, die nur der Gewinnmaximierung verschrieben sind.

3. DIE KRAFTVOLLE STADT DER ZUKUNFT IST DIE INTELLIGENTE STADT!

In der Stadt der Zukunft ist die Energiewende gelungen, der Perspektivwechsel vollzogen. Nicht jeder aktuelle Energiebedarf wird abgedeckt oder vorgehalten werden können, sondern die Bedarfe werden dem Energieaufkommen angenähert. Ein Mehr an erneuerbaren Energien bedeutet in Zukunft ein Mehr an Abhängigkeit von der Natur, denn nicht immer scheint die Sonne, nicht immer weht der Wind. In der Stadt der Zukunft ist die Energieversorgung intelligent und kommt mit den vielen kleinen Kraftwerken einer dezentralen Versorgungslandschaft klar. Das Stromnetz ist zu einem „smart grid“ ausgebaut, die Häuser sind mit Energiebutlern ausgestattet. Intelligente Konzepte zur Speicherung von nicht benötigter Energie sind vorhanden, die notwendigen Strukturen sind ausgebaut.

Sind regionale Netze in öffentlicher Hand, lässt sich der Ausbau kommunaler Stromnetze zu „smart grids“ (intelligente Stromnetze, die den Verbrauch an das Angebot anpassen) massiv beschleunigen, um die Aufnahme erneuerbarer Energien deutlich zu verbessern. Ein höherer Anteil an erneuerbaren Energien sowie viele dezentrale Einspeisestellen führen zu höheren Anforderungen in der Bereitstellung von Strom. Es wird zum einen immer wichtiger, Zustandsinformationen und Lastflussdaten aus Teilen des Netzes abzurufen und zu verarbeiten. Zum anderen helfen „smart grids“, den Verbrauch dem schwankenden Angebot besser anzupassen, in

dem sie beispielsweise Hausgeräte nicht immer, sondern dann starten, wenn gerade viel Strom verfügbar ist. Dazu sind in den einzelnen Haushalten Energie-Butler (Steuereinheiten, die vom Energieversorger mit aktualisierten Tarifen versorgt werden; ist der Preis günstig, wird die energieverbrauchende Anwendung über ein Signal gestartet) notwendig, die als zentrale Steuereinheit dienen und den Verbrauch anpassen.

4. DIE STADT DER ZUKUNFT WIRD MOBIL!

In der Stadt der Zukunft ist Mobilität nach wie vor eine wichtige Frage, aber in der Stadt von morgen wird Mobilität anders gewährleistet. Das Auto ist immer noch beliebter Verkehrsträger in der Stadt, ordnet sich aber in seiner Bedeutung in integrierte Konzepte ein. In der Stadt der Zukunft sind die Fortbewegungsmittel so miteinander verzahnt, dass sie schnell verfügbar und umweltschonend sind. E-Mobilität ist etabliert, aber Rad fahren und Zufußgehen sind in der Stadt der kurzen, schnellen Wege genauso wichtig.

Auch autofreie Quartiere gehören in der Stadt der Zukunft zum Stadtbild. Das erhöht die Lebensqualität und spart Energie. Die Stadt der Zukunft ist mobil und sorgt für schnelle Wege und für einen einfachen, schnellen und preisgünstigen Wechsel zwischen den Verkehrsträgern. In der Stadt der Zukunft können verschiedene Verkehrsträger mit einem Ticket genutzt werden, was die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel zusätzlich steigert. Gerade der kombinierte Verkehr ist in der Stadt der Zukunft zukunftsfähig.

In vielen großen Städten sind Mobilität und die Verkehrssituation in einzelnen Stadtteilen und der Innenstadt nach wie vor Dauerthema. Das Auto ist immer noch bestimmend, es braucht Energie und Platz, bedingt Staus und schlechte Luft.

Auch wenn das Auto in Zukunft nicht vollkommen wegzudenken ist (die Wege werden in Zukunft noch weniger routiniert sein, individuelle Mobilitätslösungen wichtig bleiben), muss es umweltschonender und in seiner Bedeutung in den Mix von Verkehrsträgern eingebunden sein. In Städten liegt die Zukunft des Autos in intelligenten, kommunikativen Elektroautos. Wenn diese mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden, sind sie umweltfreundlich. Notwendige Infrastrukturen (Ladestationen, Stationen zum Akkutauch) können in Städten im Vergleich zur Fläche kostengünstiger und schneller installiert werden. E-Autos können „smart grids“ als temporäre Energie-Zwischenspeicher unterstützen und somit einen wichtigen Beitrag für das Management für erneuerbare Energien leisten. Gerade in Städten liegen die täglichen Wegstrecken mit dem Auto meist deutlich unter 50 Kilometern. Geradezu ideal für E-Mobile.

Da allerdings nach wie vor die Frage der kostengünstigen Energiespeicherung und schneller Ladevorgänge noch nicht gelöst ist, braucht es Zwischenlösungen und weitere Forschung. Aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion ist deshalb besonders die Anwendungsforschung in der Speichertechnologie zu unterstützen.

In Städten ist das Potenzial des Radverkehrs noch nicht ausgeschöpft. Bis zu einem Viertel des Verkehrs der Stadt durch Radfahrten abzudecken, scheint möglich. Dazu muss vor allem das Fahrrad fahren sicher und schnell gemacht werden. Konsequentes Ausweisen von „schnellen“ Fahrradwegen, grüne Welle für den Radverkehr, Fahrradparkhäuser und Radverleih sowie Velo-Abos können helfen, umzusteuern.

Der Ausbau eines attraktiven und öffentlichen Nahverkehrs ist ebenso notwendig. In städtischen Verkehrsbetrieben besteht hier zudem die Möglichkeit, umweltfreundliche Antriebssysteme einzusetzen und so den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehrssektor zu verstärken.

E-Carsharing kombiniert darüber hinaus umweltfreundlichen Antrieb mit dem Ziel, auf das eigene Auto zu verzichten. Denn dies bleibt das Hauptziel, Mobilität durch den Verzicht auf den motorisierten Individualverkehr zu erreichen. Nur so lässt sich mit der vorhandenen Kapazität an Straßen auskommen.

Denn die Straßen in der Stadt der Zukunft haben nur eine begrenzte Kapazität. Um diese optimal auszunutzen und Verkehrsbelastungen zu vermeiden, sammeln intelligente Steuerungssysteme Informationen und lenken Verkehrsflüsse. (E)-Autos tauschen Informationen miteinander und mit Lenkungssystemen aus, Ampeln zählen Verkehrsteilnehmer und steuern Rot-Grün-Phasen, an Bushaltestellen erhält man aktuelle Informationen zur Mobilität: Die mobile Stadt ist „kommunikativ“.

5. Die Stadt der Zukunft ist die kompakte Stadt!

Energieeinsparung und Energieversorgung (Energieerzeugung und Einsatz effizienter Technologien) sind in der Stadt der Zukunft zentrale Elemente in Stadtplanung und Stadtentwicklung. Die kompakte, die europäische Stadt, die ihre vielfältigen Funktionen zusammenbringt und über eine Verbindung von Leben und Arbeiten zu Energieeinsparungen führt, ist wieder da. Kurze Wege von zu Hause zum Arbeiten, kurze Wege in die Stadtteilzentren, kurze Transportwege leisten einen wesentlichen Beitrag zur Energie- und Ressourceneffizienz.

Die kompakte Stadt, wie sie für europäische Städte charakteristisch ist, ist eine wichtige städteplanerische Zielvorstellung für die Stadt der Zukunft – und nicht nur aus energetischer Sicht.

Lange Zeit gab es in der Stadtplanung eine Tendenz, Funktionen der Stadt voneinander zu trennen und diese räumlich unterschiedlich zu verorten. Ergebnis waren funktional spezialisierte Stadtstrukturen (reine Wohngebiete im Umland, spezialisierte Stadtteile zum Arbeiten, Gebiete zum Einkaufen auf der grünen Wiese etc.). Dies führt zu langen Transport- und Fahrwegen in die Städte, zu langen Wegen in den Städten und zu wenig attraktiven Kernstädten.

Die funktionsgemischte, kompakte Stadt ist das Ziel. Sie führt dazu, dass Wege vermieden, Netze zur Ver- und Entsorgung kompakt gestaltet und Lebensqualität gemäß den neuen Anforderungen – auch einer älter werdenden Bevölkerung – gesteigert wird. Gesund, entspannt und mit Zugang zu Freiräumen zu leben und sich trotzdem im Zentrum des öffentlichen Lebens zu befinden gehört zu den zentralen städtischen Qualitäten. Zugleich bilden diese Faktoren den Kern städtischer Attraktivität. Nur wenn Städte eine hohe Umfeldqualität bieten, können sie die Konkurrenz mit Standorten des suburbanen Raumes bestehen.

6. JEDE STADT DER ZUKUNFT IST EINE „GLOBAL CITY“!

Die Stadt der Zukunft versteht sich nicht als Zuschauerin der Globalisierung, sondern sie agiert. Globale Probleme werden lokal aktiv angegangen. Die Stadt der Zukunft ist eine „global city“.

Die Städte der Zukunft sind nicht nur Zuschauer bei der Globalisierung, sie sind vor allem Akteure. Energieversorgung und Klimaschutz sind globale Aufgaben, sie müssen global gelöst und lokal umgesetzt werden. In den Städten der Zukunft brauchen wir veränderte Lebens-, Arbeits- und Konsummuster, die eine Mitverantwortung für die Kommunen unserer Welt zeigen. Die ungelösten Probleme des Südens werden auch als Probleme des Nordens verstanden, aber ebenso umgekehrt. Denn der Norden ist genauso von den Auswirkungen des Klimawandels samt Klimaflüchtlingsbewegungen betroffen wie der Süden. Die Stadt der Zukunft agiert im Bewusstsein dieser Zusammenhänge und nimmt in der Energiepolitik ganz direkt Einfluss auf globale Strukturen und Politik. Und nicht nur hier, sondern auch in der Integrations-, der Öffentlichkeits-, der Informationspolitik sowie in einer veränderten Beschaffungspolitik.

C. DIE ARBEITSSTÄDTE: STÄDTE ALS KATALYSATOREN FÜR WIRTSCHAFT, WERTSCHÖPFUNG UND ARBEITSPLÄTZE

Die Städte in Hessen waren und sind noch heute die Katalysatoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Hier finden sich Arbeitsplätze in den verschiedenen Sektoren, hier wird Wertschöpfung generiert. Die hessische Wirtschaftskraft wird insgesamt durch die Städte und Ballungsgebiete dominiert.

Die Ausgangsbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung sind in den meisten Städten gut. Man sieht eine gewachsene Unternehmenslandschaft in den verschiedenen Sektoren. Nach wie vor spielen Industrie und Gewerbe in den Städten eine wichtige Rolle, sowohl hinsichtlich der Wertschöpfung als auch hinsichtlich der Arbeitsplätze. Der Dienstleistungssektor als dritter Sektor nimmt in den Städten eine immer größere Bedeutung ein. Die Dienstleistungsbranche in all ihren Facetten ist in den Städten mittlerweile das wichtigste Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie unter einem Brennglas kommen in den Städten die unterschiedlichsten unternehmerischen Aktivitäten räumlich zusammen, gemeinsam mit Bildungs- und Forschungsinstitutionen befördern sie damit das Entstehen neuen Wissens, die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen. Die kritische Masse für die Entwicklung von Clustern und Netzwerken ist gegeben, innovative, kreative Prozesse beginnen hier. Standortfaktoren – harte wie weiche – unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung vieler Städte im Vergleich zu ländlich-peripheren Räumen. Ihre günstige Lage und ihre Anbindungen, verkehrlich an Autobahnen, Bahnhöfe und Flughäfen, virtuell an Knotenpunkten des Internets, profilieren sie als Wirtschaftsstandorte. Gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine gute Infrastrukturausstattung machen diese Wirtschaftsstandorte interessant. Städte sind damit die Arbeitsstätten in Hessen. Hier zieht es die hessische Bevölkerung hin. Viele Menschen orientieren sich zum Arbeiten in die Städte, auch wenn sie in den umliegenden Regionen wohnen. Berufsbedingtes Pendeln in die Städte hinein, berufsbedingter Zuzug in die Städte ist Alltag. Stadt ist damit vor allem eins, sie ist Arbeitsstadt – und dies ist eng verknüpft mit Fragen von Wohnen und Lebensqualität. Die Städte von morgen müssen also – sollen sie attraktiv und zukunftsfähig sein – vor allem Arbeitsplätze vorhalten. Denn dies erwarten die Menschen, dies brauchen sie.

1. ARBEITSSTÄDTE BRAUCHEN ARBEITSKRÄFTE

In den Arbeitsstädten der Zukunft gibt es Arbeitsplätze für die Menschen der Stadt, und zwar auf den verschiedenen Ebenen der beruflichen Qualifikation. Öffentlich geförderte Beschäftigung hilft an Stellen, wo Menschen keinen Arbeitsplatz finden. Lebensbegleitendes Lernen gehört selbstverständlich zur Berufsbiografie und wird unterstützt.

Städte sind neben ihrer Funktion als Lebensmittelpunkt vor allem auch Stätten der Arbeit. Die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Arbeitskräfte auf alle benötigten Ebenen ist für die Attraktivität der Städte ein wichtiger Standortfaktor. Hier stehen die Städte untereinander im direkten Wettbewerb, denn für unternehmerische Entscheidungen (Ansiedlung, Standorttreue, Expansion) wird dieser Bereich in einer Wissensgesellschaft zunehmend wichtiger. Die Konkurrenz von Firmen um hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter belegt dies. Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Arbeitskräfte der Stadt, ist aber vor allem der eigene Arbeitsplatz der Bezugspunkt. Auch bei einer beobachtbaren höheren berufsbedingten Mobilität ist das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes überhaupt und eines der Qualifikation entsprechenden in der Nähe des Lebensmittelpunktes für viele wichtig.

Da Städte die Arbeitsorte sind, schlagen Auswirkungen krisenhafter Ereignisse auf dem Arbeitsmarkt in den Städten durch. Probleme der Arbeitslosigkeit und des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt sind damit auch vor allem Probleme der Städte.

Aus Sicht der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ist eine zukunftsweisende Politik für mehr Beschäftigung und soziale Sicherheit wesentlicher Bestandteil einer gerechten Stadtpolitik. Notwendig ist es, die Chancen der Menschen auf Beschäftigung zu verbessern und das sozialdemokratische Kernziel der Existenzsicherung und der Ermöglichung von Teilhabe für alle Menschen umzusetzen. In dem Papier der hessischen SPD-Fraktion „Arbeit und Gerechtigkeit – Konzept einer Politik für Beschäftigung und soziale Sicherheit“ sind die dazu notwendigen Maßnahmen bereits beschrieben.

Aber Stadtpolitik muss sich auch mit den Ansprüchen und Anforderungen aller Berufstätigen der Stadt auseinandersetzen. Dies reicht von eher „klassischen“ Arbeitsverhältnissen bis zur Situation der „high-potentials“, des hoch qualifizierten, freischaffenden, kreativen Beschäftigten.

Für alle Ebenen der beruflichen Qualifikation wird vor allem die Frage der Qualifizierung und der weiteren begleitenden Fortentwicklung des Wissens und der Fertigkeiten in Zukunft immer wichtiger. Die steigende Komplexität der Berufe und die sinkende „Halbwertszeit“ von Qualifikationen machen dies notwendig.

Lebensbegleitendes Lernen wird damit zu dem Thema der Wissensgesellschaft und ist Thema der Stadtpolitik. Denn gerade hier sind die Potenziale zur Umsetzung besonders hoch. Lebensbegleitende Fort-, Um- und Weiterbildung muss im Bewusstsein der Menschen und in der beruflichen Praxis verankert und stadtpolitisch mit den Zentren der Wissensentwicklung und -vermittlung verkoppelt werden. Die Universitäten, die Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen, die Schulen und Bildungseinrichtungen, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer sowie die unternehmerischen Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsinstitute können hier gemeinsam zu Zentren des lebensbegleitenden Lernens vernetzt werden. Dazu bedarf es einer Öffnung der Institutionen, neuer Curricula, neuer Ressourcen. Besonders gut ist dies mit Clusterstrukturen zu verknüpfen, die hoch spezifisches Wissen im Verbund generieren und an den Cluster transferieren.

2. Arbeitsstädte sind innovativ und nachhaltig

Die Unternehmenslandschaften in den Arbeitsstädten von morgen sind innovativ und nachhaltig. Traditionelle, industriell-gewerbliche Unternehmen haben den Umbau zu nachhaltigen Unternehmen vollzogen, haben ihre Stoffkreisläufe optimiert, die Umweltbelastungen der Produktion vermindert und ihr Produktportfolio an die Anforderungen der Zukunft angepasst. Innovativ haben sich Unternehmen und städtische Bildungs- und Forschungseinrichtungen vernetzt, um neue Produkte und Dienstleistung zu erschaffen. Neue Geschäftsideen sind erwünscht, Innovation wird gelebt. Die Arbeitsplätze in den Arbeitsstädten der Zukunft sind „up to date“.

Die Unternehmenslandschaften in den Städten von morgen werden bei einer hohen Bedeutung des Dienstleistungssektors auch nach wie vor – und in jeder Stadt anders – industriell-gewerblich geprägt sein. Bestehende industrielle Kerne prägen Wirtschaft und Arbeitsmarkt der Stadt. Sie sind für die Stadtpolitik wichtig. Der Umbau zu „nachhaltigen“ Unternehmen ist zu begleiten und ggf. zu forcieren, der Dialog mit den Unternehmen der Stadt ist beständig zu führen, um so möglichst frühzeitig über relevante unternehmerische Entscheidungen informiert zu sein (mögliche Standortverlagerungen oder Standort-schließungen).

Die Stadtpolitik kann jedoch nicht zur Industriepolitik werden. Diese ist auf regionaler Ebene anzusiedeln und muss die Stärken der Region stärken. Städte können sich dessen ungeachtet im regionalen Kontext mit ihren Partnern positionieren.

Wirtschaftliche Impulse gehen in Städten jedoch nicht nur vom etablierten Unternehmensbestand aus, sondern auch von Unternehmensneugründungen. Gründungsunterstützung ist daher in Städten wie auf dem Land von entscheidender Bedeutung und muss den entsprechenden Rahmenbedingungen angepasst sein. In Städten können Gründungsprozesse bspw. dann gehemmt sein, wenn innovative, risikobehaftete Geschäftsideen auf hohe Standortkosten treffen. Hier können Gründungs- und Innovationszentren die Etablierung junger Unternehmen unterstützen. Gerade an Hochschulstandorten können solche Zentren zu erfolgreichen Unternehmensgründungen führen.

Die hessische SPD-Fraktion fordert daher gesonderte Programme zur Unterstützung von Gründerzentren an Hochschulstandorten. Auch ist zu prüfen, ob die Konzeption der Gründungszentren, die in der Unterstützung der jungen Unternehmen in der Anfangsphase liegt, sinnvoll ist. In Gründungs- und Innovationszentren entwickeln sich zum Teil Unternehmensnetzwerke und belastbare Kooperationen zwischen den Unternehmen, die bei Ausgründung unterbrochen würden. Durch die Nähe zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Wirtschaft werden in Gründungszentren neue Ideen und kreative Innovationsprozesse gefördert.

Aber auch die Stadt als solche kann innovativer Impulsgeber sein. Städtische Investitionen können hier neue nachhaltige Technologien fördern (beispielsweise im Bereich der Energie).

3. In den ArbeitsStädten der Zukunft denkt man kreativ

Kreativität, Kommunikation und Wissen sind die Qualitäten der Zukunft. In den Arbeitsstädten der Zukunft denkt man kreativ, hier werden die neuen Ideen geboren. Die Menschen in den Arbeitsstädten der Zukunft arbeiten im Austausch mit Forschung, Bildung und Wissenschaft. Die Vielfalt in der Stadt ist Bereicherung.

Städte schaffen durch ihr urbanes Flair ein anregendes Umfeld, in dem sich in einem starken dritten Sektor die Kreativwirtschaft (dies sind z. B. Werbe- und Kommunikationsagenturen, Softwareunternehmen, Architekturbüros) entwickeln und wachsen können.

Die Bedeutung der Kreativwirtschaft ist in vielen Städten unterschätzt worden. Mittlerweile nimmt sie bezogen auf das Arbeitsplatzpotenzial und den Umsatz eine bedeutende Rolle ein. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Kreativwirtschaft Indikatorfunktion für die Prosperität der Stadt hat. Im Umfeld der Kreativwirtschaft entstehen neue Wertschöpfung und neue Formen des Arbeitens. Es bilden sich neue Dienstleistungsangebote, die die Menschen in ihrem Alltag entlasten. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag will daher die Potenziale der Kreativwirtschaft für die Städte nutzen und die Bedingungen für kleine kreative Unternehmen und für Existenzgründer gezielt verbessern.

4. Unternehmen in den ArbeitsStädten der Zukunft clustern

Die Arbeitsstädte der Zukunft sind sich ihrer wirtschaftlichen Stärke bewusst. Ihre Unternehmen organisieren sich entlang von Wertschöpfungsketten in ihren Regionen, bilden Cluster und profitieren von Synergieeffekten, die sich aus räumlicher und inhaltlicher Nähe ergeben. Denn: Cluster-Initiativen sind exzellent.

Die Wirtschaft in Städten und ihren Regionen hat sich über die Zeit entwickelt und dabei – je nach Stadt unterschiedliche – Schwerpunkte ausgebildet. Diese reichen beispielsweise vom Finanz- und Dienstleistungsbereich über Gesundheitsleistungen, Optoelektronik, Nanotechnologie, Logistik und Mobilität bis zu Automotive. Diese gewachsenen Stärken können in Städten durch den Aufbau und die Unterstützung von Clustern aktiv unterstützt werden. Dabei sind Cluster-Initiativen immer bewusste Entscheidungen für bestimmte Wertschöpfungsketten, die politisch und gesellschaftlich getroffen werden müssen.

Ausgehend von einer Analyse der relevanten Wertschöpfungsketten und einer Identifizierung der damit verbundenen Unternehmen und Organisationen, ist ein Clustermanagement mit einer entsprechenden Ausstattung aktive Wirtschaftsförderung. Durch den Aufbau impliziten, clusterspezifischen Wissens, durch Informations- und Kommunikationsplattformen, durch gemeinsame Teilnahme an Projekten und Präsentationen können im Cluster Wettbewerbsvorteile für Unternehmen und damit auch Standortvorteile für Städte und Regionen erschlossen werden. Dieser Weg, der mit circa 30 Clusterinitiativen in Hessen bereits erfolgreich beschritten wird, ist weiter auszubauen. Hiervon profitieren nicht nur große Unternehmen und Institutionen, gerade auch kleine und mittlere Unternehmen können durch das Eingebundensein in einen Cluster Entwicklungsimpulse erhalten.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag vermittelt die Auffassung, dass Clusterinitiativen gerade auch unter dem Aspekt der Mittelstandsförderung unterstützt werden sollten. Insbesondere Regionen mit innovativen Industrien bieten ein hervorragendes Umfeld und gute Startvoraussetzungen für klein- und mittelständische Unternehmen. Das House of Logistic and Mobility (HOLM) im Rhein-Main-Gebiet, aber auch das MoWiN.net in Nordhessen sind bspw. für den Bereich Mobilität und Logistik unterstützenswert.

Die Aufgabe der Zukunft ist es, weitere Cluster zu identifizieren und aufzubauen. Aus Sicht der SPD-Fraktion bietet sich im Rhein-Main-Gebiet als Ort für kreative Unternehmen an, mit dem House of Creativity einen neuen Cluster zusammenzufügen. Im Bereich der Gesundheits- und Pflegedienstleistungen liegt ein weiterer wichtiger Zukunftscluster, der durch weitere geeignete Maßnahmen gefördert und entwickelt werden muss.

5. Vernetzte Welt – vernetzte ArbeitsStädte

Arbeiten und Leben haben sich in der ArbeitsStadt von morgen verändert, und das Internet gehört ganz selbstverständlich zum Alltag. Die Vorteile, die sich aus einer optimalen Anbindung an die Netze ergeben, führen zu positiven wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Menschen in den ArbeitsStädten von morgen sind beruflich vernetzt mit ihren Partnern, Auftraggebern, Kunden, sind vernetzt mit der Welt. Die Menschen in den Städten von morgen sind aber auch privat vernetzt mit ihren Freunden, mit ihrer „community“. Wie Arbeit und Leben im Gleichgewicht gehalten werden kann, das ist eine entscheidende Frage für die vernetzte Welt von morgen.

Die Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanbindungen ist in nahezu allen Städten umgesetzt. Städte sind sozusagen die modernen Knotenpunkte im Internet. Den Menschen in den Städten steht – beruflich wie privat – das Internet mit seinem vielseitigen Spektrum rund um die Uhr auf Abruf und zur Kommunikation zur Verfügung. Die digitale Gesellschaft bietet damit für den Einzelnen eine Vielzahl an Entfaltungsmöglichkeiten. Parallel dazu verändert es aber auch die wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen. Gerade die Sparte der Kreativwirtschaft mit der Software- und Computerspielbranche ist im Rhein-Main-Gebiet eine gewichtige Branche.

Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten gehören zum Alltag der Menschen. Das Internet ist nicht mehr wegzudenken. Kommunikation über das Netz, Austausch von Informationen, virtuelle Zusammenarbeit über räumliche Distanzen hinweg, Netzwerkstrukturen und vieles mehr ist geübte Berufspraxis. Dies erzeugt Nachfrage nach neuen Technologien und Anwendungen. Durch die hohe Leistungsfähigkeit der Netze in den Städten besteht hier ein Vorsprung gegenüber den ländlichen Räumen, der in Innovation umgesetzt werden kann.

Die Potenziale des Netzes für die Menschen in der Stadt sind damit immens, denn das Internet ist nicht nur länger eine technische Plattform. Viele soziale und gesellschaftliche Prozesse finden mittlerweile im Internet statt. Die Grenzen zwischen Leben und Arbeiten, zwischen beruflicher und privater Kommunikation lösen sich auf. Arbeits- und Lebenswelt gestalten sich gleichzeitig. Die Menschen mit den notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten auszustatten, um beruflich wie privat die Chancen der digitalen Welt zu nutzen, muss durch die Politik begleitet werden. Aus Sicht der hessischen SPD-Fraktion wird begrüßt, dass sich der Bundestag mit der neu gegründeten Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ den damit verbundenen Fragen und Prozessen stellt.

6. Standort ArbeitsStadt

In den ArbeitsStädten der Zukunft gibt es eine aktive Wirtschaftsförderung, die den Standort profiliert. Standortmarketing wird dabei umfassend und ganzheitlich verstanden, harte wie weiche Standortfaktoren werden entwickelt. Die ArbeitsStädte der Zukunft stellen sich in den Bezug zur Region und verorten sich in einem regionalen Marketing.

Zentral für die wirtschaftliche Entwicklung der Städte ist ihre Wahrnehmung in der Welt. Jede Stadt braucht für eine aktive Vermarktung als Wirtschaftsstandort ein klares Bild von sich, das sich an einer Stadtvision, einem Stadt-Leitbild, orientiert. Jede Stadt für sich muss jedoch dieses Leitbild auch in einen regionalen Kontext setzen, denn oftmals ist es die Region, die sich nach außen positionieren kann. Standortmarketing und Regionalmarketing/Regionalmanagement gehören damit zusammen. Einzelne vorhandene Initiativen – lokal und regional – sind miteinander abzustimmen und einzugliedern.

IMPRESSUM:

HERAUSGEBER:

SPD-Landtagsfraktion,
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Gert-Uwe Mende (V. i. S. d. P.)
Tel: +49 611 350-519
Fax: +49 611 350-511
spd-fraktion@ltg.hessen.de

